



20 MYTHEN UND FAKTEN ÜBER DIE ERWEITERUNG

Nach Generationen von Teilung und Krieg wird Europa durch die Europäische Union auf friedliche Weise geeint. Von den sechs Gründungsmitgliedstaaten wurde die EU inzwischen auf 25 Mitglieder erweitert, und bald werden es 27 sein. In den letzten fünfzehn Jahren hat die Anziehungskraft der EU dazu beigetragen, dass die mittel- und osteuropäischen Länder den Übergang von kommunistischen Systemen zu modernen, gut funktionierenden Demokratien schafften. In jüngster Zeit hat sie groß angelegte Reformen in der Türkei, Kroatien und den übrigen westlichen Balkanländern angeregt. Alle Europäer profitieren von Nachbarländern mit stabilen Demokratien und blühenden Marktwirtschaften. Durch einen sorgfältig gesteuerten Erweiterungsprozess werden Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand auf ganz Europa ausgedehnt. Dennoch stellen gegenwärtig viele EU-Bürger die Gründe für die Erweiterung in Frage. Auch wenn mit geeigneten politischen Maßnahmen auf die Besorgnisse der Bürger eingegangen wird, sollten gewissen Mythen einmal Fakten entgegengehalten werden. Dies ist Ziel des vorliegenden Papiers.

ZU RASCH?

1. Ist die Erweiterung des Jahres 2004 zu rasch erfolgt?

Im Mai 2004 wurden zehn neue Mitgliedstaaten gleichzeitig in die EU aufgenommen, doch diese europäische Einigung geschah nicht über Nacht. Nach dem Fall der Berliner Mauer vergingen eineinhalb Jahrzehnte, bis die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Zypern und Malta beitraten. In diesen 15 Jahren haben die Länder einen tief greifenden demokratischen und wirtschaftlichen Wandel erfahren, der sie für die EU-Mitgliedschaft gerüstet hat und Europa zugute gekommen ist.

2. Wurde die letzte Erweiterung ausreichend vorbereitet?

Die Erweiterung von 2004 war die am besten vorbereitete in der Geschichte der EU. Bereits 1991 unterzeichnete die EU die ersten so genannten „Europa-Abkommen“ mit Ungarn und Polen, gefolgt von anderen Kandidatenländern. Dank dieser Abkommen wurde bis 2001 eine Freihandelszone für 85 % des bilateralen Handels errichtet, um jeglichen Handelsschock im Mai 2004 zu vermeiden.

1993 legte die EU erstmals genaue [Beitrittskriterien](#) fest. Um der EU beitreten zu können, muss ein Land eine stabile Demokratie vorweisen, die Menschenrechte achten und über eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit zur uneingeschränkten Anwendung des EU-Rechts verfügen. Seither hat die EU die Bemühungen der Kandidatenländer um die Erfüllung dieser Auflagen überwacht. Dank der Beitrittskriterien, der Überwachung und der finanziellen Unterstützung haben sich die neuen Mitgliedstaaten reibungslos in die EU-Institutionen eingegliedert und wenden die EU-Vorschriften erfolgreich an.

3. Wird es bald die nächste Massenerweiterung geben?

Bisher zeichnet sich keine weitere große Erweiterungsrunde ab. [Bulgarien und Rumänien](#) werden 2007 oder 2008 beitreten, sobald sie die Beitrittskriterien erfüllen. Einige Zeit später wird [Kroatien](#) folgen, sobald es allen Anforderungen genügt. Andere Länder des [westlichen Balkans](#) haben auf längere Sicht eine Beitrittsperspektive, doch es liegt noch sehr viel Arbeit vor ihnen und sie werden erst beitreten können, wenn ihre entsprechenden Vorbereitungen vollständig abgeschlossen sind. Die [Türkei](#) verhandelt mit der EU über ihren Beitritt, wird jedoch lange – ein Jahrzehnt oder mehr – brauchen, bis sie alle Kriterien erfüllt. Jeglicher Beschluss über den Beitritt eines Landes muss von allen Mitgliedstaaten einstimmig gefasst werden.

Die Kommission steuert den [Beitrittsprozess](#) sorgfältig, um zu gewährleisten, dass er schrittweise erfolgt und die Länder über viele Jahre hinweg gut vorbereitet werden, damit sie die strengen Auflagen der EU erfüllen. Dies ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass ihre Integration letztlich zum Nutzen aller erfolgt.

4. Ist der Prozess nicht undemokratisch und sollte die EU nicht der Öffentlichkeit Gehör schenken?

Alle wichtigen Beschlüsse, die [den Beitritt eines Landes](#) betreffen, werden von den demokratisch gewählten Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einstimmig gefasst. Die nationalen Parlamente müssen die Beschlüsse ratifizieren. Die direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen ebenfalls ihre Zustimmung erteilen. Damit sind alle zuständigen, demokratisch gewählten Instanzen jedes Mitgliedstaats und der EU an sämtlichen wesentlichen Beschlüssen beteiligt.

Die EU muss für alle Aspekte ihrer Politik, einschließlich der Erweiterung, die Unterstützung ihrer Bürger gewinnen. Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU-Institutionen müssen besser über die Erfolge und Herausforderungen der Erweiterung informieren.

ZU SCHWACH?

5. Hat die Erweiterung das Funktionieren der EU nicht gelähmt?

Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten hat den Entscheidungsprozess nicht verlangsamt. Die EU-Institutionen funktionieren weiter wie bisher: Die neuen Abgeordneten des Europäischen Parlaments spielen eine aktive Rolle in seinen politischen Gruppen, die Barroso-Kommission arbeitet mit 25 Kommissaren effizient und im Rat werden genauso gut Entscheidungen getroffen wie zuvor. Bereits ein Jahr lang vor dem Beitritt haben Vertreter der neuen Mitgliedstaaten als Beobachter an den Arbeiten der EU teilgenommen, um sich auf ihre uneingeschränkte Beteiligung als vollwertige Mitglieder vorzubereiten.

6. Wird die Erweiterung die Vertiefung der EU nicht verhindern?

Die Geschichte zeigt, dass kein Widerspruch zwischen der Ausdehnung der EU und der Vertiefung ihrer Integration besteht. Die EU hat beides geleistet. Seit 1973 fanden fünf Erweiterungen statt, in deren Rahmen insgesamt 19 neue Länder beitraten. Gleichzeitig wurde der Binnenmarkt entwickelt, der Schengen-Raum für Reisen ohne Pass geschaffen, der Euro eingeführt und eine Vielzahl weiterer neuer Politiken entwickelt, wie die Politik der inneren Sicherheit und die verbesserte Außenpolitik. In diesem Bereich hat die letzte Erweiterung den Einfluss der EU auf der Weltbühne gestärkt.

Die Fähigkeit der EU, effizient zu funktionieren und damit einem Anliegen ihrer Bürger gerecht zu werden, kann und muss weiter verbessert werden, doch dieses Ziel wird nicht dadurch erreicht, dass keine Erweiterungen mehr stattfinden. Die EU kann durch einen allmählichen, sorgfältig gesteuerten Beitrittsprozess, der mit internen Reformen ihrer Institutionen und ihrer Politik einhergeht, weiter ausgedehnt und vertieft werden. Der Verfassungsvertrag zielt darauf ab, die EU effizienter und demokratischer zu gestalten und ihre Rolle in der Welt weiter zu stärken. Dies sind immer noch gültige Zielsetzungen, die durch den Abschluss der institutionellen Reform bald erreicht werden dürften.

7. Kann die EU noch weitere Mitglieder verkraften?

Bei der Aufnahmefähigkeit geht es darum, ob die EU weiter effizient funktionieren kann, wenn sie neue Mitglieder zulässt. Hier spielen nicht geografische, sondern funktionale Gesichtspunkte eine Rolle.

Die Kommission definierte dies im November 2005 wie folgt: „Beim Tempo der Erweiterung ist die Aufnahmefähigkeit der EU zu berücksichtigen. Bei der Erweiterung geht es darum, ein Projekt gemeinsam zu verfolgen, das sich auf gemeinsame Grundsätze, politische Maßnahmen und Organe stützt. Die Union muss ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit im Rahmen eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen ihren Organen gewährleisten, die Haushaltsbeschränkungen respektieren und gemeinsame politische Maßnahmen umsetzen, die gut funktionieren und ihre Ziele erreichen.“ (Siehe [Strategiepapier 2005 zur Erweiterung](#), Seite 3)

[Die Aufnahmefähigkeit ist eine wichtige Erwägung, die der Europäische Rat 1993 auf seiner Tagung in Kopenhagen](#) wie folgt detaillierte: „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar“. Diese Grundsätze wurden mit dem 1997 verabschiedeten Kommissionspapier [„Agenda 2000“](#) in die Praxis umgesetzt, in dem Lösungen für die Reformen der Institutionen, der Politik und des Haushalts der EU vorgeschlagen wurden. Die Agenda 2000 ebnete den Weg für Beschlüsse im Zeitraum 1999-2003, die die EU auf einen reibungslosen Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 vorbereiteten.

Auch wenn die Aufnahmefähigkeit ein wichtiger Aspekt ist, können wir nicht bis zur nächsten Erweiterung warten, bis wir die Funktionsfähigkeit der EU – zum Wohl des heutigen Europas – verbessern. Wir müssen die Funktionsfähigkeit der **derzeitigen** EU verbessern, um das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitsplatzschaffung und den sozialen Wohlstand zu verstärken und damit unseren Bürgern besser zu dienen.

ZU TEUER ERKAUFT?

8. Hat die Erweiterung nicht einen großen Zustrom von Arbeitnehmern in die alten Mitgliedstaaten ausgelöst?

Die Unkenrufe über einen massiven Zustrom von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa haben sich nicht bewahrheitet. Tatsächlich kam es nur zu einer mäßigen Wirtschaftsmigration von den neuen in die alten Mitgliedstaaten, die kaum 1 % der erwerbsfähigen Bevölkerung der Gastländer erreicht hat. Dies gilt sowohl für die Mitgliedstaaten, die den Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt einschränken, als auch für diejenigen, die keine Einschränkungen festgelegt haben. Die Arbeitsemigranten haben dazu beigetragen, den Arbeitskräftemangel in Sektoren wie Landwirtschaft und Bauwesen auszugleichen.

Irland, das Vereinigte Königreich und Schweden haben ihre Arbeitsmärkte gleich mit dem Beitritt am 1. Mai 2004 erfolgreich für Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa geöffnet. In Irland hat der Zufluss von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der hohen Wachstumsrate des Landes gespielt. Im Vereinigten Königreich konnte dank der Arbeitsemigranten ein Teil der 500.000 freien Stellen besetzt werden. Angesichts dieser positiven Erfahrungen haben Finnland, Portugal und Spanien jetzt beschlossen, ebenfalls ihre Arbeitsmärkte zu öffnen. Andere Mitgliedstaaten, wie Belgien und Frankreich, haben sich für eine Teilöffnung entschieden.

Die Beschäftigung stieg 2005 in den neuen wie in den alten Mitgliedstaaten um durchschnittlich 1 %. Die Erweiterung fördert die legale Migration, die sich leicht kontrollieren lässt, während das eigentliche Problem vieler Mitgliedstaaten in der illegalen Migration aus Drittländern besteht.

9. Hat die Erweiterung nicht unsere Arbeitsnormen ausgehöhlt und zu Sozialdumping geführt?

Durch die Schaffung von legalen Beschäftigungsmöglichkeiten in den alten Mitgliedstaaten hat die Erweiterung des Jahres 2004 dazu beigetragen, den Umfang der Schattenwirtschaft (und des Markts für Schwarzarbeit) zu verringern. Legale Arbeitnehmer sind Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen weniger stark ausgesetzt und zahlen außerdem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Die in den alten Mitgliedstaaten gestiegene Anzahl der registrierten Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten hatte keine nennenswerten Auswirkungen auf die Sozialversicherungsausgaben. Im Vereinigten Königreich haben offiziellen Angaben zufolge weniger als einer von 100 neu registrierten Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten Ansprüche an die Sozialversicherung angemeldet.

Im Übrigen verlangt die EU von den neuen Mitgliedstaaten, dass sie ihre Gesundheits-, Sicherheits- und sonstigen Arbeitsnormen übernehmen, wodurch die Arbeitsbedingungen für Menschen in diesen Ländern verbessert werden und ein Beitrag zum fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen geleistet wird. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Erweiterung zu Sozialdumping geführt hat. Vielmehr breiten sich durch die Erweiterung langsam, aber sicher auf allen 25 Arbeitsmärkten harmonisierte soziale Standards aus.

10. Hat die Erweiterung nicht zu Outsourcing und Standortverlegungen geführt?

Studien bestätigen, dass die Verlegung von Unternehmen von alten in neue Mitgliedstaaten ein begrenztes Phänomen geblieben ist. Der Bestimmungsort solcher Verlegungen ist in den meisten Fällen nicht Mittel- und Osteuropa, sondern Asien. Nicht die Erweiterung, sondern der globale Wettbewerb führt zu Outsourcing und Standortwechseln.

Alle Unternehmen streben niedrigere Kosten, größere Märkte, technische Innovationen und andere Ziele an, die ihnen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Die europäischen Unternehmen sind mit dem globalen Wettbewerb konfrontiert, vor allem seitens chinesischer und indischer Firmen. Investitionen in Mittel- und Osteuropa statt in China oder Indien können die europäische Industrie bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Erzeugung von Wachstum in ganz Europa unterstützen. So schaffen expandierende Dienstleistungsunternehmen Arbeitsplätze in den neuen wie den alten Mitgliedstaaten. Die Erweiterung hilft der EU bei der Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen, indem sie zur Steigerung des Binnen- und Außenhandels und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen führt.

11. Hat die Erweiterung nicht das Funktionieren des Binnenmarkts gestört?

Eine Verzerrung des Binnenmarkts ergibt sich aus einer unzulänglichen Umsetzung und Anwendung der gemeinsamen Vorschriften, gleich, ob alte oder neue Mitgliedstaaten die Urheber sind. Die neuen Mitgliedstaaten zeigen bei der Anwendung des EU-Rechts eine wesentlich bessere Leistung als die alten Mitgliedstaaten, wie der [„Binnenmarktanzeiger“ der Kommission](#) belegt.

Durch die Öffnung eines Markts mit 75 Millionen Verbrauchern für Unternehmen aus den alten Mitgliedstaaten hat die Erweiterung den Wettbewerb im Binnenmarkt gesteigert, wodurch die europäischen Unternehmen auch auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger werden. In allen 25 Mitgliedstaaten gelten nun dieselben Vorschriften über Binnenmarkt, Wettbewerb und staatliche Beihilfen.

12. Ist die Erweiterung nicht zu teuer?

Der Preis, den jeder Bürger der alten Mitgliedstaaten als Beitrag zur Einigung Europas zahlt, entspricht dem einer Tasse Kaffee pro Monat. Außerdem fließt ein Teil dieser Ausgaben in die Länder zurück, da die Menschen in den neuen Mitgliedstaaten den größten Teil ihrer Importwaren aus den alten Mitgliedstaaten beziehen. Im Zeitraum 2004-2006 haben die 15 alten Mitgliedstaaten durchschnittlich 26 Euro je Bürger in den EU-Haushalt für die Entwicklung der zehn neuen Mitgliedstaaten eingezahlt.

Der Anteil der neuen Mitgliedstaaten am Haushalt der EU entspricht nur 0,15 % des Bruttoinlandsprodukts der EU. Dieser Betrag wird hauptsächlich für bessere Infrastrukturen ausgegeben, die den Unternehmen aus der ganzen EU zugute kommen. Darüber hinaus wächst die Wirtschaft in den neuen Mitgliedstaaten doppelt so schnell wie in den alten. Die als Beitrag zur Entwicklung dieser Volkswirtschaften aufgewandten Mittel schaffen neue wirtschaftliche Möglichkeiten in den alten wie in den neuen Mitgliedstaaten.

ZU GEFÄHRLICH?

13. Hat die Erweiterung nicht zu mehr illegaler Migration und mehr organisierter Kriminalität geführt?

Die Erweiterung versetzt uns in die Lage, die EU-Vorschriften über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit auf die neuen Mitgliedstaaten auszudehnen, und ermöglicht eine wirksamere Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus. Je stärker die EU-Mitgliedstaaten ihre Bemühungen um die Bekämpfung der Kriminalität mit ihren Nachbarländern abstimmen, desto besser können sie die europäischen Bürger schützen.

Sicherheit und Justiz sind Bereiche, in denen die EU für diesen Schutz mehr tun kann als ein einzelnes Land. Die EU hat die Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und Justiz ausgebaut, um Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschenhandel und illegale Migration zu bekämpfen, die nun gemeinsamen, für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Vorschriften unterliegen.

14. Sind die Lebensmittelsicherheit und die Umwelt durch die Erweiterung nicht gefährdet?

Die Lebensmittelsicherheit und die Tiergesundheit waren wichtige Anliegen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen. Die EU hat strikte Maßnahmen ergriffen, um die neuen Mitgliedstaaten auf EU-Standard zu bringen. Lebensmittelverarbeitungsbetriebe, die dem Standard nicht entsprachen, mussten vor dem Beitritt schließen, und nur diejenigen Betriebe, die die Anforderungen erfüllten, haben die Erlaubnis erhalten, ihre Erzeugnisse im gesamten Binnenmarkt zu verkaufen.

Die Umweltverschmutzung und andere Umweltrisiken kennen keine Staatsgrenzen. Umweltschutz und Klimawandel sind Themen, die auf internationaler und europäischer Ebene behandelt werden müssen.

Im Laufe der Jahre hat die EU hohe Umweltstandards für saubere Luft und sauberes Wasser, den Schutz der Meeresumwelt, den Naturschutz und die nukleare Sicherheit entwickelt. Von diesen Verbesserungen profitieren alle europäischen Bürger.

Der Beitrittsprozess ist ein wirksames Instrument, um diese hohen europäischen Standards in die Kandidatenländer zu „exportieren“. Ihre Umweltstandards wurden erhöht und sind nun teilweise strenger als die der alten Mitgliedstaaten. Die Erweiterung bedeutet nicht weniger Umweltsicherheit, sondern mehr.

ZU VIELE LÄNDER?

15. Wann wird der Erweiterungsprozess enden? Sollten wir die Grenzen der EU nicht ein für allemal festlegen?

Im EU-Vertrag heißt es, dass jedes europäische Land, das die Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achtet, die EU-Mitgliedschaft beantragen kann. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle europäischen Länder einen Antrag stellen müssen oder dass die EU allen Anträgen stattgeben muss. Es handelt sich nicht um einen automatischen Prozess, sondern um einen Vorgang, indem die Voraussetzungen eine zentrale Rolle spielen. Die Grenzen der EU werden durch Beschlüsse festgelegt, die auf höchster politischer Ebene einstimmig gefasst werden.

Für die EU sind Werte und ein politischer Wille maßgebender als Flüsse und Berge. Die Europäische Union ist eine politische Unternehmung und ihre Grenzen sind politischer Art. Sie stehen damit im Unterschied zu physischen und geografischen Konzepten von Europa. Einige karibische Inseln wie Martinique und Guadeloupe sind Teil des EU-Gebiets, während manche europäischen Länder nicht zur EU gehören – wie Island, Norwegen und die Schweiz. Geografen und Geschichtswissenschaftler waren sich noch nie über die physischen oder natürlichen Grenzen Europas einig.

Die politischen Grenzen der EU ändern sich jedes Mal, wenn ein neues Land beitrifft oder ein Gebiet austritt, wie Grönland es getan hat. Um die Aufnahmefähigkeit der EU nicht überzustrapazieren, hat die Barroso-Kommission unsere existierenden Verpflichtungen gegenüber den bereits im Erweiterungsprozess befindlichen Ländern bekräftigt: Neben Bulgarien und Rumänien betrifft dies die Türkei, Kroatien und die übrigen westlichen Balkanländer.

16. Wieso könnte die Türkei der EU beitreten?

Europa braucht eine stabilere, demokratischere Türkei mit größerem Wohlstand, die unsere Werte, unsere Rechtsstaatlichkeit und unsere gemeinsamen Politik in den verschiedenen Bereichen übernimmt. Die Beitrittsperspektive hat bereits ehrgeizige und signifikante Reformen in Schwung gebracht. Sobald die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte im ganzen Land garantiert werden, kann die Türkei der EU beitreten und damit eine noch solidere Brücke zwischen den Kulturen bilden als heute.

Durch die Aufnahme von [Beitrittsverhandlungen](#) und ohne ihrem Endergebnis vorgreifen zu wollen, haben die EU-Mitgliedstaaten die europäische Berufung der Türkei einstimmig anerkannt. Dank weitreichender politischer Reformen, die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts eingeleitet wurden, hat sich die Türkei Europa und den westlichen Bündnissen angeschlossen: Seit mehr als 50 Jahren ist sie Mitglied der NATO und des Europarats. Istanbul ist seit jeher ein wichtiges Zentrum der europäischen Geschichte und Kultur.

Um der EU beitreten zu können, muss die Türkei zunächst alle der strengen Beitrittskriterien erfüllen. Die Frage ist, ob sie dazu in der Lage ist und wenn ja, wann. Dies ist der Grund, warum der Weg – einschließlich der Reformen und ihrer Umsetzung - genau so wichtig ist wie das Ziel.

17. Warum sollten wir ein nicht-christliches Land aufnehmen?

Die EU ist keine auf Religion gegründete Gemeinschaft, sondern stützt sich auf gemeinsame europäische Werte wie Achtung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Als Wertegemeinschaft ist eine ihrer Stärken die Einheit in Vielfalt.

In der EU leben derzeit rund 12 Millionen Muslime – viele von ihnen als Staatsbürger – zusammen mit Menschen zahlreicher anderer Glaubensrichtungen oder ohne Glauben. Die religiöse Toleranz und die Achtung der Vielfalt sind zentrale europäische Werte. Europa hat in der Vergangenheit zu viele Religionskriege geführt. Daher war die religiöse Überzeugung nie ein Beitrittskriterium. Die Türkei ist ein säkularer Staat, in dem eine große Mehrheit der Bürger Muslime sind, die hauptsächlich gemäßigten islamistischen Strömungen angehören.

Selbstverständlich sind die freie Glaubensausübung, der Minderheitenschutz und die Nichtdiskriminierung wesentliche politische Kriterien für die EU-Mitgliedschaft. Die Türkei muss die Rechte der nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften erheblich stärken, um den europäischen Standards zu genügen.

18. Wenn die Türkei zugelassen wird, warum dann nicht auch die Ukraine?

Die Beziehungen der Ukraine und der Türkei zur EU befinden sich in unterschiedlichen Stadien. Die Beitrittsaussichten der Türkei und ihre europäische Berufung bestehen seit langem, während die Ukraine erst seit kurzen Beitrittsambitionen hegt.

Die EU unterstützt die Ukraine durch die [Europäische Nachbarschaftspolitik](#) in ihren Bestrebungen nach demokratischer Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie bereitet so den Boden für den freien Handel, die Wirtschaftshilfe, den verstärkten politischen Dialog und bessere Kontakte zwischen den Völkern.

Die EU hat der Ukraine bisher keine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Ein dahingehender Beschluss müsste von allen Mitgliedstaaten einstimmig gefasst werden.

19. Herrschen in den westlichen Balkanländern nicht zu hohe Kriminalität und Instabilität?

Die westlichen Balkanländer haben viel geleistet, um nach den von Kriegen und internen Konflikten geprägten 1990-er Jahren wieder Stabilität zu erlangen. Ihnen eine europäische Perspektive zu eröffnen, ist das beste Mittel, um die Stabilität und Sicherheit in der Region im Interesse von ganz Europa zu festigen. Mit ihrem kontinuierlichen, intensiven Engagement wird die EU die Region bei der Klärung der noch offenen Fragen wie dem Status des Kosovo und der Zukunft Serbiens und Montenegros unterstützen.

Kriminalität und Korruption sind in der Region noch weit verbreitet. Positiv ist, dass [die westlichen Balkanländer in jüngster Zeit Fortschritte in diesem Bereich gemacht haben](#), was teilweise der Unterstützung der EU beim Aufbau einer besseren Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zu verdanken ist. Der Erweiterungsprozess hat sich in zweifacher Weise als hoch wirksam erwiesen: um die Länder zu motivieren, die Probleme der Kriminalität und Korruption in Angriff zu nehmen, und um sie zu verpflichten, beim Schutz der Bürger eng mit der EU zusammenzuarbeiten.

Die Erweiterung bedeutet auch, dass die Kandidatenländer die EU-Standards für die Grenzkontrollen und den Umgang mit Flüchtlingen und Immigranten aus Drittländern übernehmen müssen. Die Erweiterung hilft uns also dabei, gegen das wahre Problem, nämlich die illegale Migration, vorzugehen.

Die EU kann Kriminalität am besten durch eine direkte Kooperation mit den Ländern der Region reduzieren. Die Strafverfolgungsbehörden der EU müssen mit ihren Partnerbehörden in den Balkanländern zusammenarbeiten, wenn sie bei der heutigen raschen Kommunikation und dem massivem Reiseverkehr verlässliche Ergebnisse erzielen wollen.

SOGAR EIN GEWISSER NUTZEN?

20. Hat ein Durchschnittsbürger in der EU irgendeinen Nutzen von der Erweiterung?

Zunächst haben wir alle von der größeren Stabilität und der friedlichen Entwicklung profitiert, zu denen die Erweiterungen über die Jahre hinweg beigetragen haben.

Darüber hinaus profitieren die Bürger der alten Mitgliedstaaten von der steigenden Verbrauchernachfrage in den neuen Mitgliedstaaten, da die Unternehmen ihre Waren, Dienstleistungen und Kenntnisse auf diesen dynamischen Märkten verkaufen, was zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrem Herkunftsland beiträgt. Jede Maschine, die von einem deutschen Unternehmen in Polen verkauft wird, kommt den deutschen Bürgern zugute, so wie jedes in den neuen Mitgliedstaaten verkaufte französische Auto und jedes dort von einer niederländischen Bank getätigte Geschäft der französischen bzw. der niederländischen Wirtschaft zugute kommt. Der Handel zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts vervierfacht. Die alten Mitgliedstaaten verzeichnen seit langem einen großen Handelsüberschuss gegenüber den neuen Mitgliedstaaten, der zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen hat.

Die Bürger können noch in vielerlei anderer Hinsicht von der Erweiterung profitieren, wie durch größere Reisefreiheit, bessere Möglichkeiten für Auslandsstudien und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen. Wo die Strukturfonds der EU zur Finanzierung von Autobahnen und Brücken in Spanien und Portugal oder in Polen, Estland und Slowenien beitragen, profitieren alle Europäer, die in diese Länder reisen oder dort leben oder Geschäfte tätigen, von der Erweiterung.